



Protokollauszug

Sitzung	Rat der Stadt Norderney
Status:	öffentlich
Datum	10.12.2014

TOP 24. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

- a) Herr Jentsch fragt, ob es sich bei dem Grundstück, das möglicherweise für ein weiteres Einheimischenmodell zur Verfügung stehe, um das Grundstück „Hinnis Tun“ handle. BM Ulrichs verneint dies.
- b) Herr Jentsch verweist auf die Veröffentlichungen in der Presse von Bauherren, die ebenfalls ein „Einheimischenmodell“ anbieten würden, u. a. für die „Gartenstadt“. Er fragt, ob hier die Bezeichnung „Einmischenmodell“ in die Irre führe und nur weitere Eigentumswohnungen gebaut würden.
BM Ulrichs antwortet, dass die Erfahrung gezeigt habe, dass man hier durchaus vorsichtig sein müsse. Für die „Gartenstadt“ sei noch kein neuer Bauantrag gestellt worden. Der Rat habe dort eine Bebauung grundsätzlich abgelehnt, weil es sich um eine Hinterliegerbebauung handle, die nicht gewollt sei. Sollte es wirklich einmal einen guten Vorschlag für ein Projekt geben, könne man möglicherweise noch einmal neu überlegen. Derzeit sei das aber nicht spruchreif.
- c) Herr Jentsch erkundigt sich, ob die Beratungsfirma für das Krankenhaus erfolgreich gearbeitet habe. BM Ulrichs erläutert, dass es sich im Wesentlichen um einen Berater gehandelt habe. Dieser Fachmann habe einige Kollegen aus der Branche hinzugezogen. Die Berater seien mit sehr viel Engagement an die Dinge herangegangen und hätten viele wertvolle Hinweise und Verbesserungsvorschläge gegeben, wodurch Einiges im Krankenhaus passiert sei.
- d) Herr Moroni bezieht sich auf die vorangegangene Diskussion zum Einheimischenmodell und führt aus, dass das OVG Lüneburg in seinem Urteil vom 18.09.2014 seine Auffassung zur Sicherung von Dauerwohnraum über entsprechende Bauvorschriften bestätigt habe. Er fragt, warum dieses Instrument immer noch in Frage gestellt würde. BM Ulrichs erwidert, dass es beim Thema Einheimischenmodell Südwesthörn nicht um die Absicherung von Dauerwohnraum gehe. Es gehe um die langfristige Absicherung des Einheimischenmodells über 15 Jahre hinaus unter Beachtung sozialverträglicher Abstufungen. So etwas könne man nicht ohne Weiteres im Bebauungsplan festlegen.
- e) Herr Moroni fragt RM Kiefer, wie er zur neuen Rechtsprechung stehe und welche Schlussfolgerungen gezogen würden. RM Kiefer erklärt, dass er das Urteil des OVG Lüneburg begrüße. Die Umsetzung erfolge jetzt in den neuen Bebauungsplänen. BM Ulrichs ergänzt, dass man auch nicht alles über einen Kamm scheren könne. Man müsse auch an die Folgen für die Betroffenen denken und die Verhältnismäßigkeit nicht außer Acht lassen.

- f) Herr Moroni fragt nach dem Einfluss, den die Stadt auf die Geschäftsführung des Krankenhauses habe, ob der Zuschuss der Stadt mit Auflagen verbunden sei und wie die Bettenauslastung sei.

BM Ulrichs antwortet, dass man das Haus sehr genau im Blick habe. Es gebe einen regelmäßigen Informationsaustausch mit der dortigen Buchhaltung. Er selbst wie auch Herr Kurdirektor Loth würde an den Beiratssitzungen teilnehmen.

Der Zuschuss aus dem Betrauungsakt sei mit Auflagen verbunden, z. B. seien die Geschäftszahlen mit der Stadt abzustimmen. Die Bettenauslastung liege nach seiner Erinnerung zwischen 45 und 50 Prozent.

- g) Herr Jentsch spricht den Vorschlag der Grünen für eine Erhöhung der Zweitwohnungsteuer an. Er habe nicht ganz verstanden, warum sich der Bürgermeister dagegen ausspreche. BM Ulrichs erläutert, dass er zum derzeitigen Zeitpunkt nicht die Notwendigkeit für eine Erhöhung sehe, weil die Kommune gute Einnahmen aus der Gewerbesteuer habe. Man müsse das Maß im Auge behalten bei der Belastung der Bürger. Sollte es wieder schlechtere wirtschaftliche Phasen geben, habe man hier immer noch eine Möglichkeit zur Erhöhung der Einnahmen.